

Die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola
Europäischer Rat
29. Juni 2023

Die Ereignisse in Russland haben eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der internen Dynamik des Landes und der Instabilität seiner Systeme sowie mit ihren Auswirkungen auf den Einmarsch in die Ukraine und auf die europäische Sicherheit insgesamt aufgeworfen.

Die Solidarität mit der Ukraine muss weiterhin oberste Priorität für uns haben. Sie ist von existenzieller Bedeutung für die Ukraine ebenso wie für Europa. Wir dürfen in unseren Bemühungen nicht nachlassen, selbst wenn es in den kommenden Monaten für die Ukraine schwieriger wird.

In diesem Zusammenhang begrüße ich das elfte Sanktionspaket und die zusätzliche Unterstützung in Höhe von 50 Milliarden EUR für die Instandsetzung, die Erholung und den Wiederaufbau in der Ukraine.

Eine Intensivierung der Bemühungen setzt voraus, dass wir die Versprechen einhalten, die wir bei der Aufnahme der Verhandlungen über einen Beitritt zur EU gegeben haben. Die Ukraine hat auf ihrem Reformpfad enormes Engagement gezeigt und beträchtliche Anstrengungen unternommen, auch was die Erfüllung der Anforderungen für ihren Status als Bewerberland betrifft.

Wir müssen bereit sein, die nächste Phase der Beitrittsverhandlungen einzuleiten, sobald die Reformkriterien in ausreichendem Maße erfüllt sind – und ich hoffe, dass dies eher früher als später der Fall sein wird.

Die Stärkung unserer industriellen Basis im Bereich der Verteidigung, die Verbesserung von Innovation, die Verringerung unserer Abhängigkeiten, mehr Autonomie und der Aufbau von Vertrauen müssen im Mittelpunkt unserer neuen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stehen. Die politische Einigung über die gemeinsame Beschaffung im Verteidigungsbereich, die wir diese Woche erzielt haben, wird den Mitgliedstaaten dabei helfen, ihren Rüstungsbedarf aufzustocken und ihre Interoperabilität zu verbessern. Auch den Ukrainern, die sich auf unsere Waffen- und Munitionslieferungen verlassen, wird sie helfen.

Die Fortschritte bei unseren Verhandlungen über die Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP) sind ebenfalls ermutigend, und ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir in den kommenden Wochen eine politische Einigung erzielen werden, nachdem das Parlament vor einem Monat seinen Standpunkt festgelegt hat.

Gemeinsam stimmen wir Nachfrage und Angebot aufeinander ab. Wir lassen der Rhetorik Taten folgen. Wir legen Ergebnisse vor.

Und nun müssen wir eine neue Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur schaffen, bei der wir sicherstellen, dass die EU und die NATO einander ergänzen können, ohne dass es zu Überschneidungen kommt oder der Eindruck von Konkurrenz entsteht.

Auch beim Thema Migration müssen wir vorankommen – dringend. Vergangene Woche kamen weitere 300 Menschen im Friedhof Mittelmeer ums Leben; viele von ihnen werden nie identifiziert werden. Das sind weitere 300 zerbrochene Träume. Weitere 300 Familien, die für immer auseinandergerissen wurden.

Wir haben bedeutende Fortschritte erzielt. Das Europäische Parlament ist bereit, konstruktiv daran zu arbeiten, bis zum Ende dieser Wahlperiode einen Weg zu finden, der Grenzen respektiert, der fair gegenüber denjenigen ist, die schutzbedürftig sind, entschlossen gegenüber denjenigen, die keinen Anspruch darauf haben, und der das Geschäftsmodell der Menschenhändler zerschlägt, die schutzlose Menschen ausnutzen. Es müssen unsere Gesetze und unser Rechtsrahmen sein, die die Regeln vorgeben, nicht die Netze der Menschenhändler. Je länger wir warten, desto stärker werden diese Netze und desto mehr Menschen werden mit dem Leben bezahlen. Frontex spielt hier eine wichtige und zentrale Rolle.

Wir dürfen auch die externe Dimension dieser Frage nicht außer Acht lassen. Wir haben eine Rolle, die es uns ermöglicht, mehr in Ländern in Afrika zu investieren und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Wir dürfen jedoch nicht den klassischen Fehler begehen, nur dann mit Afrika zu sprechen, wenn es um Migration geht. Wir müssen uns gezielt und im Geist einer Partnerschaft für Investitionen und gemeinsame Projekte engagieren. Wir müssen mit den afrikanischen Ländern sprechen, nicht zu ihnen, und wir müssen verstehen, dass sie sich einfach andere Partner suchen werden, wenn wir uns zurückziehen.

Wir müssen die Art und Weise, wie wir weltweit interagieren, überdenken. Unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit zentralen Partnern weltweit neu austarieren. Mit den demokratischen Ländern in Lateinamerika im Hinblick auf kritische Rohstoffe und Handelsabkommen, die für unseren digitalen und ökologischen Wandel essenziell sind.

Wir müssen auch enger mit Ländern wie Indien zusammenarbeiten.

Die Europäische Union ist der drittgrößte Handelspartner und das zweitgrößte Ausfuhrziel Indiens. Wir haben viele gemeinsame Prioritäten, darunter die Bekämpfung des Klimawandels, Technologie und Sicherheit. Es gibt so viele ungenutzte Möglichkeiten.

Europa ist der einflussreichste globale Akteur, wenn es darum geht, die internationale Agenda in den Bereichen Dekarbonisierung, Diversifizierung der Energieversorgung und Bekämpfung des Klimawandels voranzutreiben. Dies ist wichtig. Doch wir müssen besser darin werden, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen all dieser Entscheidungen abzufedern. Wir müssen besser erklären, wie wir dies tun und warum es wichtig ist.

Die Menschen müssen Vertrauen in den Prozess haben, und sie müssen ihn sich leisten können. Wir müssen mehr und besser zuhören – unseren Bürgerinnen und Bürgern, unseren Unternehmen, unseren jungen Menschen. Wir müssen die Weitsicht haben, zu wissen, wie wir die Menschen mitnehmen können.

Die Inflation befindet sich nach wie vor auf hohem Niveau. Die Haushalte sind mit Reallohneinbußen konfrontiert. Die Europäische Zentralbank hilft in dieser Situation, indem sie die Zinssätze erhöht. Aber auch das hat soziale Auswirkungen, die wir nicht ignorieren dürfen.

Deshalb brauchen wir einen zweckmäßigen EU-Haushalt, wenn es uns ernst damit ist, unsere Prioritäten umzusetzen und glaubwürdig zu bleiben.

Es ist an der Zeit, neue Eigenmittel zu generieren. Während wir die Schulden im Rahmen von NextGenerationEU zurückzahlen, müssen neue Einnahmequellen erschlossen werden. Dies darf nicht auf Kosten langjähriger Strategien und Programme der Union erfolgen.

Damit verbunden ist die Notwendigkeit, unseren langfristigen EU-Haushalt an unsere aktuelle Realität anzupassen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass sich die Welt seit der Annahme des aktuellen mehrjährigen Finanzrahmens im Jahr 2020 verändert hat und wir uns mit ihr verändern müssen. Seit Jahren fordern wir eine Überarbeitung des MFR, und das Parlament ist bereit, seinen Teil dazu beizutragen. Dies ist im Übrigen auch von zentraler Bedeutung für Infrastrukturprojekte, die zu Verteidigung und Sicherheit beitragen können, etwa Eisenbahnen, die gleichzeitig als wichtige Linien für militärische Mobilität dienen. Einige dieser Entscheidungen erfordern Einstimmigkeit, und wir alle werden eine Rolle zu spielen haben.

Es geht darum, unsere Volkswirtschaften zukunftsfähig zu machen. Und darum, wie wir unser Projekt stärker hinterlassen, als wir es vorgefunden haben.

In den kommenden Monaten muss es um konkrete Ergebnisse gehen. Allein der Prozess, uns auf einen Wahlzeitraum zu einigen, hat sich als schwierig erwiesen. Das Standarddatum geht auf die Realität im Jahr 1979 zurück, als die Union nur neun Mitgliedstaaten hatte. Wir müssen gemeinsam das Verfahren überarbeiten, mit dem dieses Datum bestimmt wird. Wir erörtern derzeit die Zusammensetzung des Parlaments – unser Vorschlag zum Wahlgesetz liegt Ihnen vor, es erweist sich jedoch als zu schwierig, einen Standpunkt im Rat zu erreichen. Eines wissen wir von unserem Projekt mit Sicherheit: Wenn wir uns nicht bewegen, werden wir nicht vorankommen.

Wir haben einen Vorschlag für einen Konvent, der auf unserer umfassenden Konferenz zur Zukunft Europas aufbaut. Wir müssen auf eine Erweiterung vorbereitet sein: Während also Moldau, die Ukraine und andere Länder im Westbalkan Reformen durchführen und sich vorbereiten, müssen wir dasselbe tun.

Es ist Zeit, kollektiv umzudenken. Viele haben sich im Zuge dieses geopolitischen Umbruchs bereits positioniert. Wir müssen bereit sein, es ihnen gleichzutun.

Ich danke Ihnen!